

„Wir müssen warnen“

René Pollak von der Zionistischen Organisation über Iran

Warum hat die Zionistische Organisation gestern Abend zusammen mit anderen jüdischen, aber auch einigen nichtjüdischen Organisationen vor der Paulskirche protestiert?

Weil wir vor einer großen Gefahr warnen wollen und müssen. Der iranische Präsident Mahmud Ahmadineschad hat in aller Öffentlichkeit gesagt, Israel müsse von der Landkarte getilgt werden.

In der Paulskirche wurde doch an die Pogromnacht von 1938 und an die Vernichtung der europäischen Juden erinnert. Weshalb bedurfte es da noch zusätzlich einer Protestkundgebung?

Die Erinnerung genügt nicht, reines Gedenken greift zu kurz. Denn mit dem iranischen Präsidenten agiert heute wieder ein Politiker, der genau das gleiche Ziel verfolgt wie Hitler, nämlich die Vernichtung der Juden. Dagegen müssen wir laut unsere Stimme erheben. Auch und gerade an einem 9. November. Wir sagen entschlossen: „Nie wieder!“

Wen wollen Sie damit aufwecken?

Die Welt. In diesem Falle vor allem die deutsche Öffentlichkeit. Unsere Botschaft richtet sich nicht zuletzt an die deutsche Regierung.

Was hat Berlin mit dem skandalösen Aufruf des iranischen Präsidenten zu tun?

Sie führt einen – für uns sehr zweifelhaften – sogenannten kritischen Dialog mit dem Iran. Wir halten die Regierung dort für ein verbrecherisches Regime, welches die eigene Bevölkerung knechtet und unterdrückt. Die deutsche Regierung soll ihren „kritischen Dialog“ mit der Islamischen Republik überdenken und einstellen, wenn der



Foto Cornelia Sick

René POLLAK ist Vorsitzender der Zionistischen Organisation Frankfurt. Ihr Ziel ist es, zu einem guten Verhältnis zwischen Juden, Israelis und Deutschen beizutragen.

dortige Präsident seinen Aufruf zur Vernichtung Israels und der Juden nicht widerruft. Bleibt es bei der Äußerung Ahmadineschads, sollte Deutschland darüber hinaus die wirtschaftliche Zusammenarbeit abbrechen und sich dafür einsetzen, daß das Land in der Völkergemeinschaft isoliert wird. Das Regime dort muß verstehen, daß ein Aufruf zum Völkermord Konsequenzen nach sich zieht.

Die Fragen stellte Hans Riebsamen.

Gedenken in der Paulskirche

Graumann ruft zu Widerstand gegen antiisraelischen Terror auf

Denen zu helfen, die ihrer Würde beraubt werden, forderte gestern der frühere Diplomat Stéphane Hessel in seiner Rede bei der Gedenkstunde zur Erinnerung an die Reichspogromnacht in der Paulskirche.

FRANKFURT · Stéphane Hessel kam extra aus Paris und freute sich, wie er zu Beginn seiner Rede sagte, „im Tempel der parlamentarischen Demokratie“ über die Bedeutung des 9. November 1938 nachzudenken. Der 88-Jährige, der als Diplomat Frankreich auch vor den Vereinten Nationen vertrat, berichtete davon, wie die deutschen Juden die Gefahr lange unterschätzten.

Schon damals lebte Stéphane Hessel mit seiner Mutter in Paris. Sein jüdischer Vater arbeitete als Lektor in Berlin. Seiner Mutter sei es nur mit viel Mühe gelungen, ihn bei einem Besuch kurz vor der Reichspogromnacht in den Zug nach Paris zu setzen.

Die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus, dem auch das Ausland zu lange zugehört habe, hätten, so Hessel, zur Gründung der Vereinten Nationen geführt. Die Charta der UN fuße auf der Würde jedes Menschen und damit auf dem Wert, den die Nationalsozialisten verneint haben. Aus der Verfolgung der Juden während des zweiten Weltkriegs müsse man auch lernen: „Wo im-

mer es Menschen gibt, Minderheiten anderer Religionen oder Hautfarben, denen die Würde abgesprochen ist, da ist Gefahr.“ Er forderte daher jeden Einzelnen dazu auf, denen zu helfen, die ihrer Würde und ihrer Rechte beraubt werden.

Deutliche Worte fand auch Dieter Graumann, Mitglied des Vorstands der Jüdischen Gemeinde Frankfurt: In Deutschland werde die Geschichte umgedeutet. Die Deutschen würden als Opfer von Krieg und Vertreibung immer lauter thematisiert. Mit der fabrikmäßigen Vernichtung der Juden sei das aber nicht vergleichbar. Daher könne es auch kein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin geben: „Dann könnte man das Holocaust-Mahnmal gleich abreißen. Beides in einer Stadt. Das geht nicht.“

Er forderte zudem ein entschlossenes Handeln gegen den islamistischen Antisemitismus. So solle der Iran wegen der Präsentation antisemitischer Bücher im kommenden Jahr von der Buchmesse ausgeschlossen werden. Graumann bedankte sich auch bei den Organisatoren der Demonstration gegen den iranischen Präsidenten, der Ende Oktober gefordert hat, Israel müsse von der Landkarte verschwinden. Zu der Protestkundgebung im Anschluss kamen etwa 450 Demonstranten.

ANDREAS KRAFT

FR - 10.9.2005 S.29